

DIE FINANZKRISE UND IHRE EINFLUSS AUF DAS WAHLVERHALTEN AUF NATIONALER EBENE –  
EIN ERSTER SCHRITT

*Reinhard Heinisch, University of Salzburg & Bernd Schlipphak, University of Muenster*

Einige Autoren haben jüngst darauf hingewiesen, dass die Finanzkrise die Kausalitätsrichtung, wie sie bislang in der Forschung zur öffentlichen Meinung über die europäische Ebene angenommen wurde, umkehren könnte. Die Finanzkrise und die Rolle, welche europäische Akteure in der Ursache und/oder der Lösung der Krise spielen, könnten demnach die BürgerInnen dazu bringen, ihre Ansichten zur EU heranzuziehen, wenn sie Entscheidungen hinsichtlich nationaler Wahlmöglichkeiten treffen. Dies ließe sich vor allem aufgrund der gestiegenen Salienz, welche die BürgerInnen den Themen der Europäischen Integration und dem europäischen (d.h., supranationalen) Regieren zuweisen, erwarten. In diesem Papier stellen wir zunächst zwei Argumente, eines von einer rationalistischen, das andere von einer psychologischen Perspektive, vor, die eine kausale Verbindung zwischen der Wirkung der Finanzkrise und den Einstellungen von WählerInnen gegenüber Europa etablieren. Anschließend argumentieren wir, dass diese Einstellungen maßgeblich die Entscheidungen der WählerInnen zugunsten extremistischer und/oder euroskeptischer Parteien auf der nationalen Ebene beeinflussen sollten. Da wir diese Argumente anhand von Daten zweier Surveys aus Ungarn und der Slowakei testen, erwarten wir zudem eine gewisse Varianz hinsichtlich der tatsächlichen Effekte aufgrund unterschiedlicher Hintergrundcharakteristiken dieser Länder. Ein erster empirischer Test bestätigt einige unserer Hypothesen vorsichtig, während die Resultate für andere Hypothesen nur gemischte Evidenz liefern.

Da unser Datenmaterial erst kurz vor der Konferenz zugänglich wurde, präsentieren wir hier nur einen ersten Draft, der auf einer vorläufigen ersten Berechnung der Daten beruht. Wir freuen uns daher über kritisch-konstruktive Kommentare, bitten aber darum, nicht ohne Rücksprache aus dem Text zu zitieren.

Please do not quote without permission!

--

## INTRODUCTION

In den letzten drei Jahren wurden die Auswirkungen der Finanzkrise auf die nationale Autonomie und die europäische Integration intensiv diskutiert. Darüber hinaus kamen Fragen auf, wie sich die Effekte der Krise auf die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der EU und gegenüber den Beziehungen und dem Austausch zwischen Ländern (oder: gegenüber der Globalisierung) im Allgemeinen auswirken könnten. Die jüngsten Wahlergebnisse in den Nationalstaaten brachten dabei keine eindeutigen Ergebnisse, da gleichermaßen elektorale Gewinne radikaler populistischer Parteien, die eine stärker nationalistische Position vertreten (Frankreich), wie auch der Erfolg von Mainstream-Parteien und die Stimmenverluste euroskeptischer Parteien in den Niederlanden und in Spanien (zumindest auf regionaler Ebene) zu beobachten sind.

Im Allgemeinen scheint die Forschung jedoch bislang eher uninteressiert oder zumindest unsicher über den potentiellen Einfluss der Finanzkrise auf die öffentliche Meinung gegenüber nationalen politischen Akteuren, inklusive des nationalen Wahlverhaltens, zu sein. Da gerade letzteres nationale Wahlen und deren Resultate, und damit aber auch die nationale und internationale Politik eines Staates beeinflusst, scheint es von großem Interesse zu sein, ein besseres Verständnis der Wirkung der Finanzkrise auf das innerstaatliche Wahlverhalten zu erlangen. Wir gehen daher in diesem Papier der Frage nach, welchen Effekt die globale Finanzkrise tatsächlich auf die innerstaatliche Entscheidungsfindung des Elektorats hat.

Über die Auseinandersetzung mit der Literatur zur Wirkung europäischer Themen und Akteure auf die öffentliche Meinung, die wir im ersten Abschnitt des Papiers diskutieren, schlagen wir ein zweistufiges Argument vor. Erstens argumentieren wir, dass die Finanzkrise einen (negativen) Einfluss auf die Einstellungen der BürgerInnen gegenüber der EU gehabt haben sollte. Innerhalb dieses Schritts unterscheiden wir dabei zwei Erklärungsansätze. Von einer eher rationalistisch geprägten Perspektive nimmt das Verwundbarkeits-Argument an, dass BürgerInnen sich der tatsächlichen Effekte der Finanzkrise bewusst sind und daher die EU und deren Institutionen im Hinblick auf deren Problemlösungs-Fähigkeiten beurteilen. Wenn BürgerInnen die wirtschaftliche Situation ihres Landes durch eine Finanzkrise beeinträchtigt sehen UND den EU-Institutionen bzw. deren Lösungsfähigkeit misstrauen, dann sollten sie im Zuge der Finanzkrise euroskeptischer werden. Aus der Sicht einer eher soziopsychologischen Perspektive argumentieren wir andererseits, dass die Finanzkrise zu

einem nationalist backlash in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedsstaaten geführt haben sollte. Diese zweite Perspektive ergibt sich aus der Annahme, dass die Finanzkrise die Intervention in Belange der nationalen Autonomie und Souveränität der Nationalstaaten durch die EU und andere internationale Institutionen (wie den IWF) erfordert. Eine solche Intervention – selbst wenn sie nur in anderen Staaten der EU stattfindet – sollte insbesondere die Einstellung gegenüber internationalem Regieren jener Personen beeinflussen, welche sich durch eine Risiko-Aversion und eine generelle Rigidität auszeichnen. Daraus resultierend sollten solche Personen stärker den Wunsch nach einer Rückkehr zur nationalen Autonomie äußern.

Im zweiten Schritt argumentieren wir, dass – unter der Annahme, dass EU-Themen in nationalen politische Diskursen im Zuge der Finanzkrise salienter werden – wir als Resultat der Finanzkrise einen Anstieg in der Anzahl von BürgerInnen, welche sich für eine extremistische Partei und/oder eine Partei mit euroskeptischer Positionierung entscheiden, erwarten sollten. Anders formuliert erwarten wir, dass BürgerInnen, die im Zuge der Finanzkrise euroskeptischer werden, eine höhere Wahrscheinlichkeit der Wahl einer euroskeptischen und/oder extremistischen Partei auf der nationalen Ebene aufweisen.

Um das Argument zu analysieren, testen wir diese Erwartungen auf der Grundlage eines neuen Surveys, den wir in Ungarn und der Slowakei durchgeführt haben. Wir halten beide Länder für sehr interessant und vergleichbar dadurch, dass sie beide mittelgroß sind und zu den stärker entwickelten Transitionswirtschaften innerhalb der Visegrad-Ländergruppe gehören. Beide Länder weisen relativ ähnliche historische und kulturelle Erben auf und befinden sich in nächster Nachbarschaft zu substantiell reicheren westeuropäischen Ländern, von welchen die beiden hinsichtlich Exporten und Kapitalflüssen abhängig sind. Verglichen gegenüber dem benachbarten Polen können beide Länder wesentlich weniger auf ihre internen Märkte als Puffer gegenüber internationalen ökonomischen Krisen vertrauen. Beide unterscheiden sich jedoch auch von den EU-Mitgliedsstaaten weiter im Osten bzw. Südosten angesichts der Tatsache, dass Rumänien und Bulgarien im Hinblick auf die politische und ökonomische Entwicklung – offenkundig etwa in den hohen Graden der Korruption und des politischen Missmanagements (vgl. European Commission 2012) – wesentlich weiter zurückliegen. Darüber hinaus war – im Unterscheid etwa zur Tschechischen Republik, in welcher der nationale Diskurs zur EU maßgeblich durch die euroskeptische Civic Democratic Party von Vaclav Havel geprägt wurde – sowohl in der Slowakei als auch in Ungarn der EU-Beitritt ursprünglich bei einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hoch willkommen.

Die Slowakei und Ungarn, und dies wird später verdeutlicht, unterscheiden sich jedoch in den für unsere Erwartungen wesentlichen Punkten ihrer Politik hinsichtlich der ökonomischen Liberalisierung und der europäischen Integration, welche die Ansichten der Bevölkerung gegenüber der europäischen Finanzkrise und der Rolle der EU darin maßgeblich mitbestimmen sollte. Zudem sind Ungarn und die Slowakei Beispiele für Länder, welche erst vor zwanzig Jahren unabhängig geworden sind und in welchen die Erinnerung der Unterdrückung durch andere noch lebendig sein sollte. Daher sollte auch der Wunsch nach nationaler Autonomie immer noch ein relevantes Thema in diesen Ländern sein. Weiter sind beide Länder hart von der Krise getroffen worden. Die Bewertung der und das Vertrauen in die EU und ihrer Institutionen ist zusätzlich in diesen Ländern stets positiver gewesen als das entsprechende Vertrauen in die und die entsprechende Bewertung der nationalen Akteure. Daher sollte der Effekt des Vertrauensverlustes in die Fähigkeiten der EU im Zuge der Finanzkrise in diesen Ländern noch prononcierter sein als in anderen Fällen. Schließlich ist die Slowakei ein Mitglied der Eurozone, während dies für Ungarn nicht gilt. In der Folge werden wir zeigen, wie sich das auf unsere spezifischen Erwartungen für die Einstellungen der Bevölkerung in beiden Ländern niederschlägt.

Im Verlauf des Papiers werden wir daher zunächst demonstrieren, wie der Zusammenhang zwischen den Einstellungen der BürgerInnen gegenüber der nationalen und der europäischen Ebene bislang in der Literatur diskutiert wurde, bevor wir unser eigenes Argument präsentieren. Daran anschließend diskutieren wir unsere beiden Länderfälle sowie unser Datenmaterial, bevor wir abschließend zu den (vorläufigen) empirischen Resultaten unserer Analyse kommen.

Zumindest in der Parteienforschung gibt es zahlreiche Ansätze, welche versucht haben zu definieren, wann eine politische Partei tatsächlich als ‚euroskeptisch‘ bezeichnet werden sollte. Auf der Grundlage einer Definition, die von Paul Taggart (1998: 366) eingeführt wurde, kann Euroskeptizismus gedacht werden als der Ausdruck einer „idea of contingent, or qualified opposition, as well as incorporating and unqualified opposition to the process of European integration“. Aufbauend auf der Einsicht, dass es nützlich sein könnte zwischen jenen, welche die europäische Integration rundheraus ablehnen und jenen, welche nur bestimmten Punkten kritisch gegenüberstehen, zu unterscheiden, haben Autoren weiter zwischen ‚hartem‘ und ‚weichem‘ Euroskeptizismus differenzieren (Taggart and Sczcerbiak 2001: 7). Andere, insbesondere Peter Kopecký und Cas Mudde (2002: 300), kritisierten die Konzeptualisierungen als zu breit, so dass sich nachfolgende Untersuchungen an immer stärker verfeinerten analytischen Typologierungen versuchten. Für uns stellt diese Diskussion um die unterschiedlichen Definitionen vor allem ein Anzeichen dafür dar, dass die Politisierung Europas in den nationalen politischen Diskursen inzwischen weithin fortgeschritten ist.

Das Konzept der Politisierung hat in der jüngeren Vergangenheit zunehmend an Beachtung in der Forschung zur Europäischen Integration gewonnen (vgl. de Wilde 2011, de Wilde and Zürn 2012). Aufbauend auf verwandten Konzepten haben Forschende die Konsequenzen europäischer Integration für das Wahlverhalten und Wahlen auf der nationalen und der europäischen Ebene (etwa Marks und Steenbergen 2004; Sczcerbiak und Taggart 2008a; b; van der Brug und van der Eijk 2007) sowie die Rolle der öffentlichen Meinung insbesondere im Hinblick auf Referenda zur Mitgliedschaft eines Landes oder zu weiteren Integrationsschritten untersucht (etwa Hug 2002; Kaufmann und Waters 2004; Wagschal 2007). Die Antwort auf die Frage, wie Europa tatsächlich den Parteienwettbewerb und das Wählerverhalten beeinflusst, wurde jedoch bislang sehr unterschiedlich beantwortet. Die Meinungen reichen von Mair’s (2000) Bemerkung eines ‚limited impact‘ bis hin zur Metapher des ‚sleeping giant‘, der gerade im Begriff ist, aufzuwachen (de Vries 2007; Green-Pedersen 2012; van der Eijk und Franklin 2007)

Unser daran anschließender Startpunkt ist die Forschung zum Verhältnis zwischen internationalen politischen Themen und innerstaatlicher öffentlicher Meinung. Über einige Jahrzehnte hinweg ist bisher die öffentliche Meinung gegenüber internationalen Themen als

abhängig von den jeweiligen Positionen nationaler politischer Parteien und Eliten interpretiert worden. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass letztere bestimmte cues zur Verfügung stehen, aufgrund welcher BürgerInnen ihre Einstellungen gegenüber ihnen eher unbekanntem Themen und Akteuren auf der internationalen Ebene bilden (De Vries und Edwards 2009; aber auch schon Carruba 2001). Dabei wurde argumentiert, dass der niedrige Grad an Salienz, welche BürgerInnen Themen wie der EU und dem Verhalten internationaler Institutionen wie der VN oder dem IWF zuschreiben, zu einem niedrigen Grad an Wissen und Interesse seitens der BürgerInnen führen. Darum wurde auch angenommen, dass die öffentliche Meinung gegenüber Internationaler Politik oder der Außenpolitik eines Staates von geringem Interesse für die regierenden Akteure und daher von geringem Einfluss auf die tatsächliche Politik eines Staates sei. Während dies für den europäischen Kontext der 80er und 90er Jahre noch zutreffen mag, haben US-Forschende bereits für diesen Zeitraum nicht nur nachgewiesen, dass die öffentliche Meinung wesentlich weniger inkohärent und desinteressiert als angenommen gegenüber internationalen Themen gewesen ist, sondern auch gezeigt, dass die öffentliche Meinung tatsächlich einen Einfluss auf die Handlungen nationaler Akteure gehabt hat.

Diese Befunde haben in jüngerer Zeit wiederum das Interesse unter europäischen Forschenden an der Analyse der Konsistenz und des Einflusses öffentlicher Meinung gegenüber der europäischen Ebene intensiviert. Die Ergebnisse solcher Forschung haben bislang impliziert, dass die öffentliche Meinung gegenüber der europäischen Ebene neben nationalen Einstellungen tatsächlich auch von den Präferenzen der BürgerInnen gegenüber internationaler ökonomischer Interaktion, gegenüber Supranationalismus im Allgemeinen und gegenüber der Kooperation mit anderen Ländern geprägt ist (vgl. etwa Boomgard et al. 2011, Lubbers und Scheepers 2010; Banducci et al. 2009; McLaren 2002, 2007; De Vries und van Keersbergen 2007; Anderson 1998). Diese Befunde demonstrierten auch, dass europäische Themen zunehmend nationale Entscheidungsfindungsprozesse vor europäischen Wahlen beeinflussten (vgl. etwa Krouwel und Abts 2007). Europäische Wahlen wurden somit in der jüngeren Vergangenheit weniger als ‚second-order elections‘ betrachtet als dies in der Vergangenheit der Fall war. Da die Salienz der EU im Alltagsleben der Bevölkerung ansteigt, wird es wahrscheinlicher, dass BürgerInnen ihre nationalen Parteien in europäischen Wahlen auf der Grundlage der europapolitischen Positionen der Parteien evaluieren. Nichtsdestotrotz scheint die EU in nationalen Wahlen für einen Großteil der Bevölkerung bislang aus Sicht der Public-Opinion-Forschung keine Rolle gespielt zu haben

Möglicherweise beginnend mit den negativen Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden im Jahre 2005 lässt sich jedoch im Aggregat ein Anstieg an politischem Erfolg und Einfluss von euroskeptischen Parteien beobachten, der auch seinen Niederschlag in der nationalen Politikgestaltung gegenüber der EU gefunden hat – Beispiele beinhalten etwa die Wahren Finnen, die Schwedendemokraten, die Partei für die Freiheit (NL), Jobbik in Ungarn, PiS in Polen und andere (Markowski und Tucker 2010). Während die Erfolge einiger dieser Parteien vor die Zeit der europäischen Finanzkrise und der institutionellen Krise datieren, waren die Positionen eben jener Parteien deutlich auf Fragen der nationalen Autonomie konzentriert. Im mittel- und osteuropäischen Kontext wurden solche Befürchtungen gerade im Zuge der Erweiterungsverhandlungen und der Beschränkungen, welche die EU-Mitgliedschaft für diese Länder mit sich brachte, akut. In anderen Mitgliedsstaaten resultierte das Hin und Her über den Vertrag von Lissabon ebenfalls in Diskussionen über die verbleibende nationale Souveränität. Die Erwartung, dass eine Krise wie die europäische Finanzkrise, mindestens ähnliche und wahrscheinlich sogar darüber hinausgehende Effekte haben sollte, ist aus unserer Sicht sehr naheliegend.

Zwar ist es offenkundig, dass rechtsextreme populistische Parteien bereits wesentlich früher in einigen europäischen Ländern elektorale Bedeutung erlangt haben (etwa die SVP, die FPÖ, die Lega Nord und die Alleanza Nazionale) und auch schon euroskeptische Positionen aufwiesen. Jedoch war dieser Euroskeptizismus unserer Ansicht nach nicht besonders salient für diese Parteien, welche sich mehrheitlich aus dem Protest gegenüber nationalstaatlichen Belangen speisen. Daher scheint der jüngere Aufstieg populistischer Parteien, welche ihrer Opposition gegenüber Europa eine wesentlich höhere Wichtigkeit zuweisen, eine Veränderung zu bedeuten (zu Euroskeptizismus und politischen Parteien siehe Linden und Pohlman 2003; Neumayer 2008; Ray 2007). Beispiele dafür sind etwa die Niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV), die Wahren Finnen (inzwischen: Die Finnen) oder die Schwedendemokraten. Wenn man mit der Annahme übereinstimmt, dass sich Parteien dann ausprägen, wenn es eine gewisse Anzahl von BürgerInnen gibt, die eine bislang nicht durch das Parteiensystem berücksichtigte politische Nachfrage generieren, dann lassen sich diese Parteien als Spiegelbild des Aufkommens eines verstärkten Euroskeptizismus und dessen Wichtigkeit für das nationale Wahlverhalten deuten. Im Folgenden werden wir daher auch argumentieren, dass der Euroskeptizismus von BürgerInnen diese tatsächlich dazu bringen sollte, für euroskeptische, aber auch generell für extreme Parteien in nationalen Wahlen zu stimmen. Wir werden darüber hinaus argumentieren, dass die gegenwärtige Finanzkrise den

Euroskeptizismus von BürgerInnen ansteigen lässt und damit die Erfolgchancen für rechtsextreme und euroskeptische Parteien in nationalen Wahlen erhöht.

#### EUROSKEPTIZISMUS UND NATIONALES WAHLVERHALTEN – THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN

Der Effekt von Krisen auf die Einstellungen der Bevölkerung ist bereits seit langer Zeit ein wichtiges Thema in der Forschung zur öffentlichen Meinung. Insbesondere die Forschung zum sogenannten rally-round-the-flag-Phänomen, welches den Anstieg an Unterstützung des US-Präsidenten in Zeiten der Krise charakterisiert, kann dafür als Beispiel genannt werden. Krisen wurden zudem als Faktoren identifiziert, welche die Ansichten der Bevölkerung gegenüber internationalen Beziehungen beeinflussen können. Seit 2008, dem Beginn der Finanzkrise in den USA, wurden jedoch nur wenige Studien zum indirekten oder dirrekten Effekt der Finanzkrise auf nationale politische Einstellungen und Positionen durchgeführt. Daher schlagen wir in diesem Papier vor, die Finanzkrise als Ursache eines Anstiegs des Euroskeptizismus und einer Vertiefung nationalistischer Gefühle innerhalb der Bevölkerung zu begreifen, welche wiederum die Wahrscheinlichkeit der Wahl euroskeptischer und extremer Parteien auf der nationalen Ebene erhöht. Im folgenden Abschnitt versuchen wir einen kausalen Mechanismus dafür aufzuzeigen, der sich aus einem zweistufigen Argument ergibt. Zunächst wollen wir demonstrieren, warum – aus zwei unterschiedlichen theoretischen Perspektiven – die Finanzkrise (Teile der) BürgerInnen euroskeptischer machen sollte. Danach werden wir eine These entwickeln, warum ein solcher Trend ebenfalls die Wahrscheinlichkeit erhöhen sollte, mit der euroskeptische BürgerInnen euroskeptische und / oder extreme Parteien auf nationaler Ebene wählen. Schließlich werden wir zeigen, warum wir unterschiedliche Effekte in den beiden hier untersuchten Ländern, der Slowakei und Ungarn, erwarten sollten.

Zunächst zum Effekt der Finanzkrise auf die Veränderung des Euroskeptizismus von BürgerInnen. Wir schlagen zwei unterschiedliche theoretische Ansichten vor: eine von einer rationalistischen, die andere von einer sozialpsychologischen Perspektive. Beide Ansichten führen zu der Erwartung eines Anstiegs des Euroskeptizismus im Verlauf der Finanzkrise. Die Ansichten divergieren aber in der Erklärung, warum die Finanzkrise zu einem solchen Anstieg führen sollte. Wir nennen die beiden Ansichten die Verwundbarkeits-Perspektive (rationalistisch) und die nationalist backlash-Perspektive (soziopsychologisch).



### *Die Verwundbarkeitsperspektive*

Die Verwundbarkeits-Perspektive argumentiert, dass 'Europa' nun stärker in den Fokus der Elektorate gekommen ist, und europäische Themen in den Köpfen der WählerInnen nun mit wichtigen ökonomische und sozialen Belangen, die den Alltag der BürgerInnen betreffen, verbunden ist. Wir nehmen weiter an, dass innerhalb des Informationskontexts, der WählerInnen zur Verfügung steht, sie rational auf die Finanzkrise reagieren. Das bedeutet, dass sie Politiken unterstützen sollten, welche den wahrgenommenen Schaden der Krise nicht nur für die Nation als Ganzes (soziotropisches Verhalten), sondern auch für die Situation des einzelnen Wählers minimieren. Dies erfordert nicht, dass die WählerInnen über detaillierte und objektive Informationen verfügen, sondern dass sie eine Meinung auf der Grundlage von Hinweisen und Quellen darüber gebildet haben, welcher Handlungskurs mehr oder weniger Risiken beinhaltet bzw. besser oder schlechter für das Land ist. Beispielhaft lässt sich dies mit Fragen in US-amerikanischen Surveys verdeutlichen, in denen BürgerInnen danach gefragt werden, ob das Land ihrer Meinung ‚on-track‘ oder ‚off-track‘ sei. Je mehr WählerInnen die Eurokrise als Ausdruck dessen wahrnehmen, dass die europäische Integration zu weit vorangeschritten sei oder je höher sie den Vorteil eines Alleingangs des eigenen Landes gegenüber den Vorteilen des gemeinem Handelns in der EU einschätzen, desto wahrscheinlicher sollten sie eine euroskeptische Position einnehmen. Gleichmaßen sollten WählerInnen, die aufgrund der als durch Brüssel aufgezwungen wahrgenommenen Sparmaßnahmen persönliche Verluste befürchten oder bemerken, zunehmend EU-feindliche Ansichten annehmen. Zusätzlich sollten WählerInnen in Ländern, in denen nationale Ressourcen für das Bail-Out von ökonomisch stärker betroffener Mitgliedsstaaten mit dem Ruf unverantwortlicher Regierungen verwendet werden, dies als unvorteilhaft betrachten und stärker euroskeptisch werden.

Gleichmaßen sollten allerdings natürlich WählerInnen, welche die EU oder Handlungen auf europäischer Ebene als hilfreich in der Verbesserung der jeweiligen Situation bewerten – weil dadurch etwa die Banken und die individuellen Einlagen sicherer, die Zinssätze niedriger, Kredite verfügbarer und Währungen stabiler werden –, die EU positiver bewerten. Eine solche Einschätzung ist vergleichbar zu dem, was Boomgarden et al (2012) zur positiven Wirkung der Bewertung des Funktionierens und der Performanz europäischer Institutionen herausgefunden haben. Wenn die Involvierung europäischer Akteure für die BürgerInnen vorteilhaft erscheint, erwarten wir, dass eine Krise zu einer Reduzierung des Euroskeptizismus führen sollte. Um zu einer solchen Einschätzung zu gelangen, schätzen

WählerInnen nicht nur die Fähigkeiten der europäischen Ebene, sondern gleichzeitig die Fähigkeiten und der Responsivität ihrer nationalen Akteure ein und ziehen daraus ihre Schlüsse. Diese Einschätzung erfordert damit nicht eine grundsätzlich positive Disposition zugunsten Europas, sondern kann auch einfach eine Entscheidung zwischen dem geringeren zweier Übel sein. Im Endeffekt bedeutet dies, dass BürgerInnen, die mit dem Zustand europäischer Angelegenheit unzufrieden sind, aber dennoch ihr Land nach einem Alleingang noch schlechter dastehen sehen, durch die Krise europafreundlicher werden. Es ist nachvollziehbar in Zeiten einer Krise sich Stabilität und Vorhersehbarkeit zu wünschen. Es ist gleichermaßen rational, wahrgenommene Fähigkeiten vor wahrgenommener Inkompetenz zu wählen. Zusätzlich sollten WählerInnen in Zeiten der Unsicherheit sich stärker zu jenen Institutionen wenden, denen sie stärker vertrauen. Wir wissen etwa, dass Wählerinnen in Mittel- und Osteuropa durchschnittlich mehr Vertrauen in die Institutionen der EU denn in ihre nationalen Regierungen haben (Eurobarometer 70.1, 71.2). Daher könnte die wahrgenommene Verwundbarkeit des eigenen Landes und des eigenen persönlichen Wohlergehens den Appetit der WählerInnen für einen radikalen Wandel deutlich verringern, insbesondere wenn letzteres das Vertrauen ausschließlich auf die nationalen politischen Akteure und Institutionen bedeutet. Eher sollten sich BürgerInnen dem Umstand bewusst sein, dass der Verbleib in einer größeren Ökonomie verschiedene wirtschaftliche Risiken reduziert und das eigene Gewicht in der globalen Wirtschaft erhöht. Dies ist nicht unbedingt ein kompliziertes Konzept und kann unserer Ansicht nach von großen Teilen der Bevölkerung verstanden werden. Es scheint zudem offensichtlich für WählerInnen zu sein, dass Schritte hinsichtlich der Disintegration nicht rückgängig gemacht werden können und damit der Schaden im Jetzt für die Zukunft permanent ist.

Aus der Sicht der Verwundbarkeits-Perspektive zusammengefasst ergibt sich, dass die europäische Finanzkrise und ihre ökonomischen Effekte zu einem Anstieg des Euroskeptizismus führen können, wenn BürgerInnen ihr Land als in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindlich wahrnehmen UND wenn sie gleichzeitig den europäischen Institutionen darin misstrauen, im Interesse des eigenen Landes zu handeln. Diese Effekte sollten zudem stärker in Ländern sein, die Mitglied der Eurozone sind, da BürgerInnen dieser Länder die Abhängigkeiten von Politiken, die auf der europäischen Ebene entschieden werden, noch stärker wahrnehmen sollten. Letzteres erfordert einen noch höheren Grad an Vertrauen in die Institutionen auf der europäischen Ebene und in deren Fähigkeit, die

Krise zu bewältigen, um einen Anstieg des Euroskeptizismus in diesen Ländern zu verhindern. Diese Erwartungen können in den folgenden Hypothesen formalisiert werden.

H1. Aus der Sicht der Verwundbarkeitsperspektive ist ein/e BürgerIn wahrscheinlicher euroskeptisch, wenn er/sie das eigene Land durch die Finanzkrise als ökonomisch verwundbar wahrnimmt *und* nationalen Institutionen stärker vertraut als europäischen Institutionen.

H2. Aus der Sicht der Verwundbarkeitsperspektive sollten die in H1 erwarteten Effekte stärker in Ländern sein, die Mitglied der Eurozone sind.

### *Die nationalist backlash-Perspektive*

Die nationalist backlash-Perspektive argumentiert von einer etwas anderen Ausgangsposition, dass die europäische Finanzkrise per se den BürgerInnen – viel stärker als bislang von diesen wahrgenommen – die politische und ökonomische Abhängigkeit unter den Ländern verdeutlicht hat. Der Einfluss der Finanzkrise auf ein Land (oder sogar nur auf das Funktionieren einzelner Banken) wird nun auch massiv in einem anderen Land spürbar, ohne dass das letztere sich davor schützen könnte, schuld an der Krise wäre oder die Krisenverursacher direkt sanktionieren könnte. Während die Interdependenz zwischen den Ländern und ihren Ökonomien in normalen Zeiten als positiv oder zumindest vorteilhaft für die Länder und ihre Bevölkerung wahrgenommen wurde, macht die Finanzkrise nun den BürgerInnen bewusst, dass ein Anstieg an Interdependenz mit einem Niedergang an nationaler Autonomie einher geht. Während diese Interdependenz in normalen Zeiten für die BürgerInnen nicht besonders salient ist, steigt die Relevanz der Abhängigkeitsfrage in Krisenzeiten und wird auch in der politischen Auseinandersetzung wichtig. Der Eindruck, dass die Geschicke des Landes maßgeblich von außen – d.h., von den Interessen von anderen Ländern und internationalen Institutionen – bedingt werden, kann in Zeiten der Krise zu zwei Szenarien führen. Im ersten Szenario versteht die Bevölkerung, dass das Land allein nicht in der Lage sein wird, die Krise und ihre Effekte zu bekämpfen, und dass dadurch die Intervention durch Dritte in bislang autonome Politikfelder und nationale Entscheidungsverfahren unumgänglich ist. In diesem Szenario erkennen demzufolge die BürgerInnen und die politischen Akteure in einem Land weiterhin, dass die Interdependenz zwischen den Ländern so weit fortgeschritten ist, dass eine supranationale Lösung nicht nur für die Lösung der Krise, sondern auch für zukünftige Zeiten notwendig und akzeptabel ist. Dadurch ist ein Insistieren auf die nationale Autonomie nicht mehr notwendig, da der

Nationalstaat sich der höheren Problemlösungsfähigkeit der supranationalen Organisationen und Vereinbarungen bewusst ist und diesen daher folgt. Ein solches Szenario basiert aber – folgt man den Einsichten in Untersuchungen zur politischen Psychology (siehe Ehrlich und Maestas 2010; Jost et al. 2003; Feldman und Stenner 1997, auch: Schön 2007) – auf BürgerInnen, die stark risiko-akzeptierend sind und über eine generelle Offenheit (openness of mind) verfügen. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass globale oder supranationale Regierungsansätze bislang nicht erfahrbar waren und die damit verbundenen Risiken nicht kalkulierbar sind.

Im Gegensatz dazu sind im zweiten Szenario die BürgerInnen wesentlich stärker status-quo-orientiert, rigide (closed-minded) und risiko-avers als im vorherigen Szenario. Wenngleich auch diese BürgerInnen die Interdependenz zwischen den Ländern verstehen, favorisieren sie eine Rückkehr zu einem autonomen Nationalstaat. Die (wahrgenommene) Gefahr des Einflusses von außen – d.h., durch Dritte wie größere Staaten und internationale Organisationen – geht einher mit dem Eindruck des Verlustes der eigenen (kulturellen) Identität. Dies ist zusätzlich verbunden mit der Wahrnehmung, dass das soziale Wohlfahrtssystem durch den Einfluss von außen beschnitten wird, was BürgerInnen wiederum zur Einnahme nationalistischer Positionen bringt (etwa: Nail und McGregor 2009). Zusammengenommen führt dies dazu, dass risiko-averse und rigide BürgerInnen protektionistische und autarke Positionen vertreten, während sie Immigration und Integration skeptischer gegenüber stehen. Verallgemeinert macht das Bewusstsein um die zwischenstaatliche Abhängigkeit diese BürgerInnen verstärkt argwöhnisch gegenüber jeder Art von wahrgenommenen (kulturellen, ökonomischen und politischen) Einflüssen, die von jenseits der nationalen Grenzen kommen. Wir nennen diese Entwicklung mit Brian Burgoon (2009) den nationalist backlash. Offensichtlich ist, dass ein solcher nationalist backlash in einem Anstieg von Euroskeptizismus resultiert, da der Einfluss der EU und anderen Mitgliedsstaaten auf die nationale Politikgestaltung gerade im Zusammenhang mit der Finanzkrise verstärkt als (ungewollter) Einfluss dritter Akteure jenseits des eigenen Staates wahrgenommen wird.

Zusammengefasst argumentiert die nationalist backlash-Perspektive, dass das gestiegene Bewusstsein um die Interdependenz zwischen den Ländern innerhalb der Bevölkerung dazu führt, dass die BürgerInnen stärker protektionistische und Autonomie-orientierte Positionen einnehmen. Dies sollte weiter zu einer stärker euroskeptischen Position dieser BürgerInnen führen. Dieser Anstieg an protektionistischen, nationalistischen und euroskeptischen

Positionen ist für jenen Teil der BürgerInnen wahrscheinlich, der sich durch Risiko-Aversion und Rigidität auszeichnet. Die Erwartungen aus Sicht der nationalist backlash-Perspektive können daher folgendermaßen formalisiert werden.

H3. Ein/e BürgerIn wird im Verlauf der Finanzkrise desto euroskeptischer,

3a) je stärker seine/ihre Risiko-Aversion ausgeprägt ist.

3b) je stärker seine/ihre Rigidität ausgeprägt ist.

### *Die Effekte des Euroskeptizismus auf nationales Wahlverhalten*

Nachdem wir zunächst unsere Erwartungen hinsichtlich der Effekte der Finanzkrise auf die Einstellungen der BürgerInnen gegenüber der EU und der europäischen Integration theoretisch hergeleitet haben, präsentieren wir in der Folge den zweiten Teil unseres Argument – der Effekte des Euroskeptizismus der BürgerInnen (bzw. dessen Veränderung im Verlauf der Krise) auf das nationale Wahlverhalten. Dabei folgen wir einer (sehr grundsätzlichen) Rational-Choice-Perspektive, nach der die WählerInnen jene Partei wählen, von der sie sich die höchsten Vorteile verglichen mit den Kosten versprechen (Downs 1957). Da die EU, die Zukunft der europäischen Integration und die Interdependenz innerhalb Europas wichtige Themen nationaler Wahlkampagnen geworden sind, erwarten wir, dass euroskeptische BürgerInnen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für Parteien mit euroskeptischen Positionen stimmen,

Gleichzeitig gibt es eine große Debatte in der Literatur zur Definition von euroskeptischen Parteien, und ob und wie diese sich von extremen (meist: rechtsextremen) Parteien unterscheiden. Im Kontext Mittel- und Osteuropas ist insbesondere das Konzept des Europragmatismus verwendet worden, um die Entwicklungen von Positionen und Gefühlen der nationalen Eliten wie der Bevölkerung gegenüber der EU zu verstehen (Beichelt 2004). Zu einem bestimmten Zeitpunkt vor der Erweiterung der EU offenbarte eine Mehrheit der Parteien und der Bevölkerung in diesen Ländern diffuse, aber sehr positive Einstellungen gegenüber der Mitgliedschaft in der EU. Durch den langgezogenen Erweiterungsprozess und den Zwang, die strikten Bedingungen der Mitgliedschaft einzuhalten, welche oft als lästig oder sogar unfair wahrgenommen wurden, veränderte sich die diffuse Beliebtheit der EU zu einer eher ernüchterten Einschätzung (Neumayer 2008: 136, Henderson 2008: 125). In der Folge wurde die EU-Mitgliedschaft daher als Angelegenheit ökonomischer Notwendigkeiten

und politischer Zweckmäßigkeit, und damit als pragmatische Angelegenheit in großen Teilen der politischen Eliten aufgefasst. Es war und ist dieser pragmatische Konsens des politischen Mainstreams, der Parteien der extremen Enden des politischen Spektrums dazu veranlasst, Positionen konträr zu diesem Konsens einzunehmen.

Es scheint daher wichtig zu betonen, dass Euroskeptizismus sich klar von Konzepten wie dem politischen Extremismus und Populismus abgrenzen lässt. Die letztere Kategorie definiert die Logik von Protestparteien, welche sich entweder auf illiberale und radikale (ethnische und nationalistische) Politiken des Ausschlusses von Gruppen oder auf eine Anti-elitäre und sogar Anti-System-Politik beschränkt. Da die meisten größeren Parteien der Rechten und Linken die europäische Integration aus pragmatischen Gründen unterstützten, haben sich Protestparteien oft den Mantel des Euroskeptizismus umgelegt, um sich vom Mainstream zu distanzieren. Als Resultat wurde Euroskeptizismus oft in den programmatischen Mix von Protestparteien und populistischen Parteien aufgenommen, was dazu geführt hat, dass man diese auch als euroskeptisch bezeichnet. Nichtsdestotrotz sind aber Parteien wie die ungarische Jobbik nicht anti-europäisch per se, sondern maßgeblich auf nationale Politikinhalt fokussiert. Sie sind euroskeptisch nur zu dem Ausmaß, in dem ‚Europa‘ mit ihrer nationalistischen Agenda in Konflikt steht. Während solche Parteien zwar euroskeptische Position in ihren Wahlprogrammen abbilden, sind diese Positionen für die Parteien nicht salient. Allerdings bleibt für WählerInnen, für die ihr Euroskeptizismus hoch salient ist, in Parteiensystemen ohne euroskeptische Alternativen zu den extremistischen Parteien nur die Möglichkeit, letztere zu wählen. Haben euroskeptische WählerInnen dagegen die Möglichkeit, unter euroskeptischen Mainstream- und extremen Parteien auszuwählen, so sollte der Euroskeptizismus der WählerInnen keinen Einfluss mehr auf ihr Wahlverhalten zugunsten oder zuungunsten extremer Parteien haben. Daher erwarten wir, dass die Wahlentscheidung für extremistische Parteien nur dann durch den Euroskeptizismus eines Bürgers beeinflusst wird, wenn die extremistischen Parteien die einzigen Akteure im Parteiensystem sind, welche euroskeptische Positionen aufweisen. Bevor diese Erwartungen nochmals in formalisierter Form dargestellt werden, sei nochmals darauf hingewiesen, dass wir die Wahlwahrscheinlichkeit zugunsten von euroskeptischen und/oder extremistischen Parteien sowohl durch den generellen Grad an Euroskeptizismus der BürgerInnen als auch durch die Veränderung ihrer EU-Einstellung im Verlauf der Finanzkrise beeinflusst sehen. Wir können daher die folgenden Hypothesen bilden:

H4. Die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer euroskeptischen Partei durch den/die BürgerIn steigt desto mehr,

H4a) je stärker er/sie euroskeptisch ist.

H4b) je euroskeptischer er/sie im Verlauf der Krise wurde.

H5. Die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer extremistischen Partei durch den/die BürgerIn steigt desto mehr,

H5a) je stärker er/sie euroskeptisch ist und die extremistischen Parteien gleichzeitig die einzigen Parteien sind, welche euroskeptische Positionen vertreten.

H5b) je euroskeptischer er/sie im Verlauf der Krise wurde und die extremistischen Parteien gleichzeitig die einzigen Parteien sind, welche euroskeptische Positionen vertreten.

#### *Erwartungen im Hinblick auf unsere Länder-Fälle*

Während die oben stehenden Hypothesen zwar teilweise bereits unter Rekurs auf mittel- und osteuropäische Gegebenheiten gebildet wurden, können sie dennoch bislang als allgemein auf alle BürgerInnen der EU zielend verstanden werden. Im Gegensatz dazu zeigen wir in der Folge jedoch aufgrund von Unterschieden in den Charakteristiken der zwei hier behandelten Länder auf, welche Kontextmerkmale eine wesentliche Rolle für unterschiedliche Effekt-Erwartungen spielen könnten.

In unserer ersten Begründung der Fallauswahl haben wir bereits gezeigt, dass die Slowakei und Ungarn wichtige Merkmale teilen, aber doch in ihrem Zugang zu ökonomischen Positionen und Positionen gegenüber der europäischen Integration divergieren. Noch vor dem Beitritt hatte sich etwa die Slowakei von den anderen MOE-Ländern abgegrenzt, indem sie eine ganze Reihe grundlegender ökonomischer Reformen durchführte, welche die Rolle der Regierung beschränkte und gesellschaftliche wie ökonomische Risiken zu den Individuen hin verschob. Das Ziel der damaligen Mitte-Rechts-Koalition unter Mikuláš Dzurinda, welche für den slowakischen ‚neoliberal turn‘ verantwortlich zeichnet, war dabei, konkurrenzlose Anreize und Bedingungen für ausländische Investoren zu schaffen. Dabei führten sie unter anderem eine 19%-Flatrate für die Unternehmens-, die Einkommens- und die Mehrwertsteuer im Jahr 2004 ein. Obwohl die nachfolgende slowakische Regierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister Robert Fico mit dem Verweis auf die Ungerechtigkeiten der vorherigen neoliberalen Politiken geworben hatte, lässt sich auch

zwischen 2006 und 2008 keine wesentliche Kurskorrektur beobachten. Tatsächlich schien das Land auch gut durch die globale Finanzkrise hindurchzukommen und führte 2009 sogar den EURO ein, der zu dieser Zeit noch zusätzliche Sicherheit für eine kleine Wirtschaft gegenüber den Kräften des internationalen Marktes versprach. Nichtsdestotrotz schrumpfte die slowakische Wirtschaftsleistung im Jahre 2009 um fast 5%. Zwei Jahre später, 2011, wurde das Land schließlich dazu aufgefordert, seinen Teil zum maßgeblichen europäischen Bail-Out Fund beizutragen, der den Wirtschaften der südeuropäischen Länder, vornehmlich Griechenland, aus der Krise helfen sollte. Als Folge des darauf aufkommenden öffentlichen Unmuts stimmte die Slowakei gegen den Ausbau der Kompetenzen des European Financial Stability Facility (EFSF), was wiederum in einem durch ein Misstrauensvotum erzwungenen Rücktritt der Mitte-Rechts-Regierung unter Iveta Radičová resultierte. Am Ende wurde der EFSF mit Unterstützung der sozialdemokratischen Opposition unter Fico, welcher im Verlauf der erzwungenen Neuwahlen 2012 zum Premierminister gewählt wurde, akzeptiert. Diese Konsequenzen dieser Entwicklungen sind zweiseitig. Einerseits trug die innerstaatliche politische Krise zu einem Anstieg der Salienz der europäischen Themen bei, und zwang die politischen Parteien und WählerInnen dazu, eine spezifische Position gegenüber Europa einzunehmen. Im Zuge dessen differenzierten sich die Parteienpositionen gegenüber Europa aus, so dass nicht mehr nur extremistische Parteien euroskeptische Angebote machten. Andererseits stellt der slowakische Fall nicht den üblichen Fall innerhalb der Krise dar, in welchem die EU zusammen mit den reicheren Ländern der Eurozone ein kriselndes Land und dessen Wirtschaft zu Sparmaßnahmen zwingt, was wiederum einen nationalist backlash auslösen könnte. Es ist eher umgekehrt. Die slowakischen Steuerzahler sollten dazu beitragen, Ländern wie Griechenland – die als wesentlich wohlhabender erschienen – mit eigenen Mitteln auszuhelfen. Kurz, um die Einnahme euroskeptischer Positionen durch die slowakische Bevölkerung im Verlauf der Krise zu erklären, greift die nationalist backlash-Perspektive vermutlich zu kurz. Viel eher scheint es um eine rationale Abwägung von eigenen Kosten und Vorteilen gegangen zu sein, wie sie die Verwundbarkeits-Perspektive stärker beleuchtet.

Die ungarische Situation stellt sich schon deshalb anders dar, weil sich das Wirtschafts- und das politische System des Landes bereits vor der globalen Krise in einem krisenhaften Zustand befanden. Die innerstaatliche Politik in Ungarn kann durch den dramatischen Anstieg an autoritären, anti-internationalen und illiberalen Positionen charakterisiert werden, der letztendlich im Anwachsen radikaler ultra-nationalistischer Kräfte wie der Jobbik resultierte. Am wichtigsten scheint dabei, dass sich diese Entwicklungen in einer Reihe von politischen



Erfolgen für den – früher als liberal wahrgenommenen – Premierminister Orbán widerspiegeln, dessen Partei Fidesz sich über die Jahre stetig nach rechts bewegt hatte. Orbán profitierte dabei von einer Wahlreform, die zu einer Zweidrittel-Mehrheit seiner Partei im Parlament führte. Nach und nach setzte er Politikinitiativen und Verfassungsänderungen durch, welche von vielen westlichen Beobachtern als inkompatibel mit den Standardnormen westlich-liberaler Demokratie und mit dem Status eines EU-Mitgliedslandes wahrgenommen wurden. Während Orbán sich nicht gegen Europa oder die europäische Integration per se wendete, provozierte er ständig seine europäischen Partner und die EU. Im Gegenzug kritisierten die Europäische Kommission und verschiedene EU-Politiker Budapest, was Orbán dann wiederum nutzte, sich als Verteidiger der nationalen Ehre und Souveränität Ungarns darzustellen: *„We will not allow Brussels dictating us their terms! We have never let Vienna or Moscow guide us in our history, and now we won't let Brussels do this! Hungary should have its own corner interests!”* (Orbán zitiert nach Stier 2011). Es ist nicht überraschend, dass sowohl der wachsende Nationalismus als auch die Konfrontationen mit der EU und anderen Mitgliedsstaaten unter der Orbán-Regierung die Bewertung der EU-Mitgliedschaft des Landes durch seine Bevölkerung beeinflusst haben. Während Ungarn zwar kein Mitglied der Eurozone ist und ungarische Steuerzahler daher nicht zu Bail-Out Funds beitragen müssen, steht Ungarn nichtsdestotrotz unter starker Kontrolle durch die EU, welche unter anderem mit der Androhung von gravierenden Sanktionen auf die erratischen ökonomischen und nationalistischen Initiativen der Orbán-Regierung reagiert hat.<sup>1</sup> Dieser hat durch seine Abwendung von Europa, die er für die Mobilisierung innerstaatlicher politischer Unterstützung benötigte, einen nationalist backlash stimuliert. Der ungarischen Bevölkerung wurden durch seine Abwendung die potentiellen und tatsächlichen Konsequenzen aus der EU-Mitgliedschaft ihres Landes bewusst. Zusammengefasst würden wir daher im Hinblick auf unsere theoretischen Perspektiven erwarten, dass die Gründe für den wahrscheinlichen Anstieg des Euroskeptizismus slowakischer und ungarischer WählerInnen divergieren. Im ungarischen Fall sollte vornehmlich die nationalist backlash-Perspektive die zentrale Rolle spielen, während wir für die slowakische Bevölkerung eine Erklärungskraft nur für die Verwundbarkeitsperspektive erwarten.

---

<sup>1</sup> So wird die Orbán-Regierung beschuldigt, Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen, die Unabhängigkeit der ungarischen Rechtssprechung und der Zentralbank einzuschränken, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschneiden, die politische Opposition einzuschüchtern und Regeln des einheitlichen Marktes zu verletzen. Als Reaktion darauf hat die EU angedroht, Budapest für den Bruch des Artikels 7 des Vertrages der Europäischen Union anzuklagen, was potentiell in der Reduzierung ungarischer Abstimmungsrechte, der Beschneidung von Fördermitteln und weiterer ökonomischer Unterstützung resultieren könnte.

Die oben angeführten Hypothesen sollten eigentlich anhand eines Surveys in Polen, der Slowakei und Ungarn getestet werden, der im Rahmen eines Marie-Curie-Projektes zum Euroskeptizismus von Eliten und der Bevölkerung durchgeführt wurde. Durch Verzögerungen, die von den Autoren nicht beeinflusst werden konnten, sind bislang nur die Survey-Teile in Ungarn und der Slowakei durchgeführt worden. Der Umfrageteil in Polen wird im Frühsommer 2013 durchgeführt.

Als abhängige Variable für die Hypothesen H1 und H3 wählten wir eine Variable, welche die Entwicklung der Einstellung eines Befragten gegenüber europäischer Integration misst (diff\_genstate\_eu, 0 = sehr stark zum Negativen verändert, bis 10 = sehr stark zum Positiven verändert). Um H4 und H5 (Wahlentscheidung zugunsten oder zuungunsten einer euroskeptischen bzw. extremistischen Partei) zu testen, entschieden wir uns, zwei abhängige (Dummy-)Variablen zu verwenden. Dabei beschlossen wir zusätzlich, die Parteien nicht von uns aus auf ein Label festzulegen, sondern die Wahrnehmung der Befragten dabei zu berücksichtigen. BürgerInnen werden daher als WählerInnen euroskeptischer Parteien verstanden, wenn sie eine Wahlintention für eine Partei angeben, der sie selbst eine euroskeptische Position zuschreiben. Das heißt, ein/e Befragte/r nimmt den Wert ‚1‘ auf der Variable ‚eurosceptical vote‘ an, wenn er/sie eine Präferenz für eine Partei angibt, welcher er/sie eine Position <4 auf einer 11stufigen Skala, welche die Position einer Partei gegenüber der europäischen Integration misst, zugewiesen hat (Skala reicht von 0 = stark gegen europäische Integration bis 10 = stark für europäische Integration). Entsprechend werden Befragte dann als WählerInnen extremistischer Parteien bezeichnet, wenn sie eine Wahlintention für eine Partei angeben, welcher sie selbst eine radikale Position hinsichtlich bürgerlicher Freiheiten UND hinsichtlich Minderheitenrechte zugeschrieben haben. D.h., ein/e Befragte/r nimmt den Wert ‚1‘ auf der Variable ‚extremist vote‘ an wenn er/sie eine Präferenz für eine Partei äußert, welcher er/sie eine Position >6 auf einer elfstufigen Skala, welche die Parteiposition hinsichtlich bürgerlicher Freiheiten misst, und eine Position >6 auf einer elfstufigen Skala, welche die Parteiposition hinsichtlich Minderheitenrechten misst, zugewiesen hat (beide Skalen rangieren von 0 = starke Unterstützung der Rechte/Freiheiten, 10 = starke Ablehnung der Rechte/Freiheiten).

Für das Testen des Verwundbarkeits-Arguments verwenden wir drei Variablen, zwei einfache und eine Interaktions-Variable. Zuerst messen wir, ob BürgerInnen das Wohlergehen des States durch die Krise als negativ beeinflusst ansehen (Eval\_stateconCrisis). Zweitens messen wir das Vertrauen in die EU und das Vertrauen in die nationalen politischen Akteure über Fragen, welche die Befragten bitten, ihren Grad an Vertrauen darin anzugeben, ob bestimmte Akteure die eigenen Interessen vertreten (Skala jeweils von 1 bis 10). Dabei berechneten wir eine neue Variable (trsteu\_rel), welche das durchschnittliche Vertrauen eines/r Befragten in nationale Akteure (nationales Parlament + nationale Regierung / 2) vom durchschnittlichen Vertrauen in europäische Akteure (Europäisches Parlament + Europäische Kommission / 2) abzieht. Um die UND-Bedingung innerhalb der Hypothese widerzuspiegeln, inkludieren wir schließlich eine Interaktions-Variable in das Modell (Eval\_stateconCrisis \*trsteu\_rel).

Für die nationalist backlash-Perspektive verwenden wir zwei unabhängige Variablen. Da keine überzeugende Operationalisierung für die Risiko-Aversion und die Rigidität von Befragten vorliegt, müssen wir dabei auf Proxies zurückgreifen. Als Proxy für die Rigidität von Befragten nahmen wir die Position von Befragten gegenüber Minderheitsrechten. Wir nehmen dabei an, dass der Grad, zu dem man Menschen anderer Gruppen die gleichen Rechte verweigert, eng mit dem Grad an Rigidität zusammen hängen sollte. Daher messen wir die Rigidität eines/r Befragten über seine Einstellung gegenüber Minderheitenrechten (von 0 = stark für Minderheitenrechte bis 10 = stark gegen Minderheitenrechte). Als Proxy für die Risiko-Aversion inkludieren wir eine Dummy-Variable. Die Befragten wurden danach gefragt, ob sie verschiedene Gruppen und Akteure (Minderheiten, Immigranten, Nachbarstaaten, Andere Länder, Terroristen) als Bedrohung des Landes oder der Gesellschaft einschätzen. Dabei argumentieren wir, dass Befragte, welche mindestens drei dieser Akteure oder Gruppen als Bedrohung wahrnehmen, als risiko-avers eingestuft werden können. Wir weisen daher den Wert ,1‘ auf der Variable ,risk\_averseness‘ allen Befragten zu, welche mindestens 3 dieser Gruppen als Bedrohung ansehen, während allen anderen Befragten der Wert ,0‘ zugewiesen wird. Die zusätzlichen unabhängigen Variablen aus den Hypothesen H2 und H5 erhalten wir dadurch, dass wir die Rechnungen getrennt für Ungarn und die Slowakei durchführen. Zusätzlich haben wir den Modellen noch einige übliche Kontrollvariablen hinzugefügt: die Position des/der Befragten gegenüber Marktmechanismen (welche in MOE-Ländern oft als Ersatz für die Links-Rechts-Selbsteinstufung abgefragt wird), Alter, Geschlecht und Bildung.

## Vorläufige empirische Ergebnisse

Die verwendeten abhängigen und unabhängigen Variablen sind in der folgenden Tabelle 1 zusammengefasst. Dabei fällt zunächst auf, dass der Durchschnitt der Bevölkerung in Ungarn im Verlauf der Krise tendenziell euroskeptischer wird (stärker unter den logischen Skalenmittelwert 5 fällt) als dies in der Slowakei der Fall ist. Darüber hinaus äußern in Ungarn mehr Befragte, eine euroskeptische Partei wählen zu wollen als in der Slowakei (8 % gegenüber 4%), während dies umgekehrt für die Wahl extremistischer Parteien gilt (11% versus 5%). Darüber hinaus ist erwähnenswert, dass die Anzahl an Personen, die risiko-avers sind, in der Slowakei deutlich höher ist als in Ungarn (20% versus 13%), während dies für die Messung der Rigidität (betrachtet man die Mittelwerte und die Standardabweichung) so nicht nachvollzogen werden kann.

Tabelle 1. Deskriptive Statistiken der abhängigen und unabhängigen Variablen

	Mittelwert	StA	Median	Reichweite (Min/Max)	N
<b>Ungarn</b>					
Veränderung der EU-Einstellung	4.3	1.9	5	0/10	956
Wahl euroskeptischer Partei	.08	--	0	0/1	1012
Wahl extremistischer Partei	.05	--	0	0/1	1012
Negativer Effekt der Krise	.84	--	1	0/1	1012
Relatives Vertrauen in EU Institutionen	.48	3.09	0	-10/10	938
Rigidität	4.2	2.8	5	0/10	982
Risiko-Aversion	.13	--	0	0/1	1012
<b>Slowakei</b>					
Veränderung der EU-Einstellung	4.7	2.2	5	0/10	965
Wahl euroskeptischer Partei	.04	--	0	0/1	1002
Wahl extremistischer Partei	.11	--	0	0/1	1002
Negativer Effekt der Krise	.85	--	1	0/1	1002
Relatives Vertrauen in EU Institutionen	.34	2.3	0	-9.5/10	918
Rigidität	4.3	3.1	5	0/10	966
Risiko-Aversion	.20	--	0	0/1	1002

Quelle: Eigene Umfragen in Ungarn und der Slowakei.

Da unsere erste abhängige Variable, die Entwicklung der Einstellung der Befragten gegenüber der EU, zehn Ausprägungen hat, berechnen wir zuerst eine einfache OLS-Regression getrennt für beide Länder.

Tabelle 2. OLS Regression auf die Veränderung der EU-Einstellung während der Krise

<i>Veränderung der EU-Einstellung</i>	B (Robust St.E.)	Beta	Conf. Int (95%)
<b>Ungarn (N = 833)</b>			
<i>Verwundbarkeits-Perspektive</i>			
Negative Wirkung der Krise auf Wirtschaft	-.32 (.19)	-.06	-.69 / .05
Relatives Vertrauen in EU Institutionen	.07 (.06)	.11	-.05 / .19
Interaktion Negative Wirkung / EU-Vertrauen	.13 (.07) *	.20	.00 / .26
<i>Nationalist Backlash-Perspektive</i>			
Risiko-Aversion (Proxy)	-.31 (.22)	-.06	-.74 / .11
Rigidität (Proxy)	-.06 (.03) *	-.09	-.11 / -.01
<i>Kontrollvariablen</i>			
Alter	.00 (.04)	.00	-.07 / .08
Geschlecht	.25 (.13) *	.07	.00 / .50
Bildung	.05 (.06)	.03	-.08 / .17
Ideologie (Position zu Marktmechanismus)	.04 (.03)	.06	-.01 / .10
Constant	4.33 (.29) ***		3.64 / 4.98
<b>Slowakei (N = 819)</b>			
<i>Verwundbarkeits-Perspektive</i>			
Negative Wirkung der Krise auf Wirtschaft	-.74 (.26)**	-.11	-1.24 / -.24
Relatives Vertrauen in EU Institutionen	-.07 (.09)	-.08	-.26 / .11
Interaktion Negative Wirkung / EU-Vertrauen	.23 (.10) *	.23	.04 / .42
<i>Nationalist Backlash-Perspektive</i>			
Risiko-Aversion (Proxy)	-.36 (.20)	-.07	-.74 / .03
Rigidität (Proxy)	.06 (.03)	.08	-.00 / .11
<i>Kontrollvariablen</i>			
Alter	-.01 (.00)*	-.07	-.02 / -.00
Geschlecht	.09 (.15)	.02	-.21 / .38
Bildung	-.01 (.09)	-.00	-.18 / .16
Ideologie (Position zu Marktmechanismus)	.00 (.04)	.00	-.07 / .07
Constant	5.63 (.46)***		4.73 / 6.53

Quellen: Eigene Umfragen in Ungarn und der Slowakei. Eigene Berechnungen. (\*)  $p \leq 0.05$ , (\*\*)  $p \leq 0.01$ , (\*\*\*)  $p \leq 0.001$ . Alterseffekte sind aufgrund unterschiedlicher Codierung nicht vergleichbar.

In beiden Ländern hat die Interaktion zwischen der Wahrnehmung eines negativen Einflusses der Finanzkrise und dem relativen Vertrauen in die EU einen positiven, signifikanten und relativ starken Effekt auf die abhängige Variable. D.h., BürgerInnen, die sich der negativen Wirkung der Finanzkrise bewusst sind, entwickeln stärker positive Einstellungen gegenüber der EU, wenn sie deren Institutionen mehr vertrauen als den nationalen politischen Akteuren. Darüber hinaus hat in der Slowakei – dem Land in der Eurozone – die Wahrnehmung der negativen Effekte der Finanzkrise alleine einen negativen und ebenfalls signifikanten Effekt auf die abhängige Variable. Dies interpretieren wir als den negativen Effekt der Finanzkrise auf die EU-Einstellung von Befragten, welche ihren nationalen Institutionen mehr vertrauen als den Akteuren der EU. Unter den Proxies, die wir zur Messung der nationalist backlash-Perspektive eingeführt hatten, weist nur der Proxy für Rigidität in Ungarn einen signifikanten Effekt in der erwarteten Richtung auf. Betrachtet man jedoch zusätzlich die standardisierten Beta-Koeffizienten, so scheint in beiden Ländern die Verwundbarkeits-Perspektive über eine höhere Erklärungskraft zu verfügen.

Tabelle 3. Logistische Regression der Wahlentscheidung für euroskeptische/extremistische Parteien

<i>Wahlentscheidung euroskeptische Partei</i>	B (Robust St.E.)	Conf. Int (95%)	Pseudo R <sup>2</sup>	N
<b>Ungarn</b>				
EU-Einstellung	-.27 (.06) ***	-.39 / -.15	5%	508
Veränderung der EU-Einstellung	-.28 (.07) ***	-.42 / -.14	4%	518
<b>Slowakei</b>				
EU-Einstellung	-.27 (.06) ***	-.39 / -.16	5 %	579
Veränderung der EU-Einstellung	-.14 (.07)	-.27 / .00	1 %	611
<b>Wahlentscheidung extremistische Partei</b>				
<b>Ungarn</b>				
EU-Einstellung	-.36 (.06) ***	-.48 / -.24	8 %	508
Veränderung der EU-Einstellung	-.33 (.07) ***	-.47 / -.19	5 %	518
<b>Slowakei</b>				
EU-Einstellung	.01 (.05)	-.09 / .12	0 %	579
Veränderung der EU-Einstellung	.02 (.05)	-.08 / .12	0 %	611

Quellen: Eigene Umfragen in Ungarn und der Slowakei. Eigene Berechnungen. (\*)  $p \leq 0.05$ , (\*\*)  $p \leq 0.01$ , (\*\*\*)  $p \leq 0.001$

Weiter haben wir die Wahlabsichten der BürgerInnen zugunsten oder zuungunsten euroskeptischer Parteien und/oder extremistischer Parteien auf die Veränderung der EU-Einstellungen ODER die generellen EU-Einstellungen der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Umfrage regressiert. Dabei können wir beobachten, dass sowohl die Wahlabsicht zugunsten von extremistischen und euroskeptischen Parteien in Ungarn von den generellen EU-Einstellungen der Bevölkerung sowie von den Veränderungen in den EU-Einstellungen im Laufe der Jahre abhängig sind. Dies ist in der Slowakei so nicht der Fall. Hier ist ausschließlich die Wahlabsicht zugunsten von euroskeptischen Parteien durch die generellen EU-Einstellungen der Bevölkerung erklärbar. Wie in H5 erwartet, lässt sich dies vermutlich darüber erklären, dass in der Slowakei auch eine gewisse Anzahl an Mainstream-Parteien euroskeptische Positionen aufweist, während dies in Ungarn nur für extremistische Parteien gilt.

#### *Discussion of empirical findings*

Da die Daten erst kurz vor der Konferenz verfügbar wurden, sind die hier vorgestellten empirischen Resultate noch sehr vorläufig. Wir haben dennoch einige Robustheits-Tests vorgenommen. Zunächst haben wir die Daten auf Multikollinearität getestet, aber keine Anzeichen dafür gefunden. Zusätzlich erstellten wir eine Korrelationsmatrix aller unabhängigen Variablen. Außer der Korrelation zwischen den Einzelvariablen des Verwundbarkeits-Arguments und der Interaktions-Variablen fanden sich keine substantiellen Zusammenhänge zwischen den Variablen. Dann ersetzten wir den Proxy für Rigidität durch einen anderen Proxy, welcher misst, ob BürgerInnen der Ansicht zustimmen, wonach die nationale Identität durch die europäische Integration bedroht sei. Wir nahmen an, dass ein solcher Indikator ebenfalls mit der Rigidität der Befragten zusammenhängt. Diese Ersetzung resultierte tatsächlich in veränderte Resultate. So zeigte diese Variable einen starken und signifikanten ( $p \leq .001$ ) Effekt im Fall der Slowakei, aber nicht in Ungarn. Dies könnte daran liegen, dass 1) die Orban-Regierung in ihrer Rolle als Erhalter ungarischer Identität eine solche Wahrnehmung verhindert, oder dass 2) die Wahrnehmung der Interdependenz von Ländern, die zur Bedrohung der nationalen Identität führen könnte, in Ländern der Eurozone stärker wahrgenommen wird als außerhalb. Um hierfür eine theoretisch überzeugende Erklärung zu liefern, und die unterschiedlichen Effekte in Kontext setzen zu können, müssen wir jedoch zukünftig noch stärker in die Daten eintauchen.

## ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Papier haben wir versucht, einen (ersten) Scheinwerfer auf die Effekte der Finanzkrise a) auf die Entwicklung euroskeptischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung und b) auf die Effekte euroskeptischer Einstellungen generell sowie ihrer Entwicklung auf die Wahlabsicht zugunsten euroskeptischer und/oder extremistischer Parteien auf nationaler Ebene zu richten. Theoretisch argumentierten wir anhand zweier Perspektiven, dass sich der Euroskeptizismus (in Teilen) der Bevölkerung durch die Finanzkrise verstärken sollte. Diese Perspektiven nannten wir die Verwundbarkeits- und die nationalist backlash-Perspektive. Zumindest für die beiden Länder, die wir im Papier empirisch untersucht haben, scheinen nur die Erwartungen, die sich aus der Verwundbarkeits-Perspektive ableiten lassen, durch die Daten vorsichtig bestätigt. Hinsichtlich der Hypothesen für die nationalist backlash-Perspektive beobachteten wir nur gemischte bis keine Effekte. Da diese Ergebnisse zu einem gewissen Grad im Gegensatz zu unseren Erwartungen innerhalb der Hypothesen und der möglichen Differenzen zwischen den Ländern stehen, werden wir die theoretischen Erwartungen und empirischen Beobachtungen weiter ausarbeiten und verfeinern. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt bereits eine der beiden Perspektiven als falsifiziert ansehen sollten. Im Gegenteil sehen wir für die weitere Überprüfung der Perspektiven gespannt den Daten der Umfrage aus Polen sowie möglichen weiteren Tests, die auch westeuropäische Länder inkludieren, entgegen. Erst mithilfe dieser weiteren Analysen werden wir beurteilen können, ob uns beide, nur eine oder keine der Perspektiven in der Erklärung der Entwicklung euroskeptischer Einstellungen weiter bringen.

Hinsichtlich des zweiten Schrittes unseres Erklärungsmechanismus haben wir überprüft, ob die Einstellungen der BürgerInnen gegenüber der EU bzw. die Veränderung dieser Einstellungen die individuelle Wahrscheinlichkeit erhöhen, zugunsten einer euroskeptischen und/oder extremistischen Partei zu stimmen. Während dies für Ungarn für alle Zusammenhänge der Fall zu sein scheint, erklärt in der Slowakei allein die euroskeptische Einstellung von Befragten eine Präferenz für eine euroskeptische Partei. Wie angesichts der Studien zu den Parteiensystemen der beiden Länder erwartet, hat hingegen der Euroskeptizismus der slowakischen Befragten keinen Einfluss auf die Wahl extremistischer Parteien.

Am Ende sind wir uns wohl bewusst, dass die im Papier präsentierten empirischen Befunde in einem ersten, vorläufigen Status sind. Dies liegt daran, dass wir nicht nur neue Ideen dazu einführen wollten, warum und wie die Finanzkrise zu einer Veränderung im Euroskeptizismus



der Bevölkerung in EU-Staaten führen sollte, sondern dass wir diese Ideen darüber hinaus mit selbst-verwalteten Umfragedaten für nur zwei Länder testen konnten. Da wir aber dennoch in der Lage waren, einige erste Robustheits-Tests durchzuführen, sind wir zumindest vorsichtig optimistisch, dass die generelle Idee unserer theoretischen Perspektiven einiges von dem einfängt, was in der Realität tatsächlich geschieht. Es ist aber natürlich offensichtlich, dass es weiterer und vertiefter Forschung bedarf, um zu weitergehenden Aussagen zu kommen.

## BIBLIOGRAPHIE

- ANDERSON, C. J., 1998. When in doubt, use proxies. Attitudes toward Domestic Political and Support for European Integration. *Comparative Political Studies*, 31(5), 569–601
- BANDUCCI, S. A., J.A. KARP, P.H. LOEDEL, 2003. The euro, economic interests and multi-level governance. Examining support for the common currency. *European Journal of Political Research*, 42(5), 685–703
- BEICHEL, T., 2004. *Die Europäische Union nach der Osterweiterung*. Stuttgart, Germany: UTB für Wissenschaft.
- BOOMGARDEN, H. G., A.R.T SCHUCK, M. ELENBAAS, C.H. DE VREESE, 2011. Mapping EU attitudes. Conceptual and empirical dimensions of Euroscepticism and EU support. *European Union Politics*, 12(2), 241–266
- BURGOON, B., 2009. Globalization and backlash: Polanyi's revenge? *Review of International Political Economy*, 16(2), 145–177
- CARRUBBA, C., 2001. The Electoral Connection in European Union Politics. *The Journal of Politics*, 63(1), 141–158
- DE VRIES, C., 2007. Sleeping Giant: Fact or Fairytale? How European Integration Affects National Elections. *European Union Politics* 8 (3), 363-385.
- DE VRIES, C., E. EDWARDS, 2009. Taking Europe to Its Extremes. Extremist Parties and Public Euroscepticism. *Party Politics*, 15(1), 5–28
- DE VRIES, C., K. VAN KEERSBERGEN, 2007. Interests, Identity and Political Allegiance in the European Union. *ActaPolitica*, 42(2), 307–328
- DE WILDE, P., 2011. No Polity for Old Politics? A Framework for Analyzing the Politicization of European Integration. *Journal of European Integration* 33 (5), 559-575.
- DE WILDE, P., M. ZÜRN, 2012. Can the Politicization of European Integration be Reversed? *Journal of Common Market Studies*, 50(S1), 137–153
- EHRlich, S., C. MAESTAS, 2010. Risk Orientation, Risk Exposure, and Policy Opinions. The Case of Free Trade. *Political Psychology*, 31(5), 657–684
- EUROPEAN COMMISSION, 2012. Report from the Commission of the European Parliament and the Council On Progress in Romania under the Cooperation and Verification Mechanism Brussels, July 18, [http://ec.europa.eu/cvm/docs/com\\_2012\\_410\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_410_en.pdf)
- FELDMAN, S., K. STENNER, 1997. Perceived Threat and Authoritarianism. *Political Psychology*, 18(4), 741–770
- GREEN-PEDERSEN, C., 2012. A Giant Fast Asleep? Party Incentives and the Politicisation of European Integration. *Political Studies* 60 (1), 115-130.
- HARMSSEN, R., 2010. Concluding Comment. On Understanding the Relationship between Populism and Euroscepticism. *Perspectives on European Politics and Society*, 11(3), 333–341
- HENDERSON, K., 2008. Exceptionalism or Convergence? Euroscepticism and Party Systems in Central and Eastern Europe, in: Szczerbiak, Aleks and Paul Taggart (eds.): *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Vol. 2: Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, New York: Oxford University Press 103–126.

- HUG, S (2002). *Voices of Europe. Citizens, Referendums, and European Integration*, Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- JOST, J. T., A. W. KUGLANSKI, J. GLASER, F. J. SULLOWAY, 2003. Political Conservatism as Motivated Social Cognition. *Psychological Bulletin*, 129(3), 339–375
- KAUFMANN, B., M. D. WATERS (eds.), 2004. *Direct democracy in Europe. A comprehensive reference guide to the initiative and referendum process in Europe*, Durham: Carolina Academic Press.
- KOPECKÝ, P. and C. MUDDE, 2002. The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions in European Integration in East Central Europe. *European Union Politics* 3(3): 297-326.
- KROUWEL, A., K. ABTS, 2007. Varieties of Euroscepticism and Populist Mobilization. Transforming Attitudes from Mild Euroscepticism to Harsh Eurocynicism. *Acta Politica*, 42(2/3), 252–270
- LINDEN, R. H., L. M. POHLMANN, 2003. Now you see it, now you don't. Anti-EU Politics in Central and Southeast Europe. *European Integration*, 25(4), 311–334
- LUBBERS, M., P. SCHEEPERS, 2010. Divergent trends of Euroscepticism in countries and regions of the European Union. *European Journal of Political Research*, 49(6), 787–817
- MAIR, P., 2000. The Limited Impact of Europe on National Party Systems. *West European Politics* 23 (4), 27-51.
- MARKOWSKI, R. J. A., 2010. Euroscepticism and the Emergence of Political Parties in Poland. *Party Politics*, 16(4), 523–548
- MARKS, G., M. R. STEENBERGEN (eds.), 2004. *European Integration and Political Conflict*, Cambridge: Cambridge University Press.
- MCLAREN, L., 2002. Public Support for the European Union. Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? *The Journal of Politics*, 64(2), 551–566
- MCLAREN, L., 2007. Explaining Mass Level Euroscepticism. Identity, Interests, and Institutional Distrust. *Acta Politica*, 42(2), 233–251
- NAIL, P. R., I. MCGREGOR, 2009. Conservative Shift among Liberals and Conservatives Following 9/11. *Social Justice Research*, 22(2-3), 231–240
- NEUMAYER, L., 2008. Euroscepticism as a political label. The use of European Union issues in political competition in new Member States. *European Journal of Political Research*, 47(1), 135–160
- RAY, L., 2007. Mainstream Euroscepticism. Trend or Oxymoron? *Acta Politica*, 42(2/3), 152–172
- SCHÖN, H., 2007. Personality Traits and Foreign Policy Attitudes in German Public Opinion. *Journal of Conflict Resolution*, 51(3), 408–430
- SZCZERBIAK, A., P. TAGGART (eds.), 2008a. *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*. Volume 1, Case Studies and Country Surveys, Oxford: Oxford University Press.
- SZCZERBIAK, A., P. TAGGART (eds.), 2008b. *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*. Volume 2, Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford: Oxford University.
- VAN DER EIJK, C, M. N. FRANKLIN, 2007. The sleeping giant: Potential for political mobilization of disaffection with European integration, in: W. van der Brug and C. van der Eijk (eds.): *European Elections & Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future*, Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press, 189-208.

WAGSCHAL, U., 2007. Direktdemokratie und europäische Integration, in: M. Freitag and U.Wagschal (eds.):  
Direkte Demokratie. *Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Berlin: Lit  
Verlag, 41-70.